

## **Forschungsprojekt**

### **Kinder- und Jugenddelinquenz im Spannungsfeld formeller und informeller Reaktionen insbesondere der Jugendhilfe – Kinderdelinquenz zwischen Polizei und Jugendhilfe**

Das dreijährige Forschungsprojekt (1999-2002) wurde unter Leitung von Prof. Dr. Johannes Münder, von Dr. Gabriele Bindel-Kögel und Dr. Manfred Heler am Institut durchgeführt und von der VW-Stiftung finanziert. Im Mittelpunkt stand die Frage des institutionellen Umgangs mit delinquentem Verhalten von Kindern - auch im Übergang zur Strafmundigkeit.

An der Untersuchung waren 14 Berliner Jugendämter (vor der Bezirksreform) beteiligt. Dort wurden fallbezogene Daten von insgesamt 1023 Kindern erhoben. Daneben erfolgten Interviews mit Fachkräften der Jugendhilfe und Polizei über präventive und regionale Planungen im Bereich der Kinderdelinquenz. Die Ergebnisse der Untersuchung sind detailliert im Endbericht (Bindel/Heler/Münder 2004, vgl. Literaturliste des Lehrstuhls) veröffentlicht und sollen hier lediglich in 6 Punkten skizziert werden:

1. Entgegen der öffentlichen Berichterstattung stellt Kinderdelinquenz für die Instanzen sozialer Kontrolle (Polizei und Jugendhilfe) sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht ein eher nachrangiges Problem dar.
2. Bei der Kooperation der Polizei mit der Jugendhilfe ist kaum eine steuernde Funktion der Polizeidienstvorschrift (PDV) 382 erkennbar. Die von der Polizei registrierten Straftaten von Kindern werden nur in sehr beschränktem Umfang an die Jugendhilfe gemeldet. Meldungen über Rohheitsdelikte von Kindern erreichen wegen der erhöheten internen Bearbeitungsdauer bei der Polizei erst mit einem deutlichen Zeitverzug die Jugendämter.
3. Auf Seiten der Jugendhilfe ist der Umgang mit polizeilichen Meldungen über Kinderdelinquenz noch wenig in Richtung einer Standardbildung der Verfahrensabläufe auf der Basis fachlicher Erorтерungen fortgeschritten. Sieht man über die zum Teil erheblichen Unterschiede hinweg, so ist die Vorgehensweisen des Allgemeinen Sozialdienstes bei polizeilichen Meldungen sehr stark vom „Normalisierungsansatz“ geprägt.
4. Durch die organisatorische Trennung von ASD und Jugendgerichtshilfe (JGH) beginnt die Arbeit der JGH, die für Kinder ab dem 14. Lebensjahr zuständig ist, bei ankommenden Meldungen über Straftaten quasi voraussetzungslos. Durch fehlende Absprachen beider Dienste wird die Strafmundigkeitsgrenze zu einer (möglichen) Bruchstelle beim Umgang mit polizeilichen Meldungen im strafmundigen Alter.
5. Bei der JGH dominiert eine pragmatische Orientierung als "Hauptverfahrensbegleiterin". Diese wird gestützt durch das Berliner Diversionsmodell, das – getragen von einem nicht-öffentlichen Träger –, auf die Vorbereitung staatsanwaltschaftlicher Einstellungen ausgerichtet und in den Polizeidirektionen der Stadt angesiedelt ist. Es kommt zu einer unerwünschten Polarisierung: Bei Einfach- und BagateltdatlerInnen erfolgt eine tatezeitnahe Intervention von Seiten der Diversionsmittler, dagegen wird bei mehrfacher und schwerer Delinquenz, für die die JGH zuständig ist, in der Regel erst Monate später bei der Mitteilung über die Eröffnung des Hauptverfahrens reagiert.
6. Fazit des Forschungsprojektes: Zwischen Polizei und Jugendhilfe fehlen Verfahrensabsprachen hinsichtlich des polizeilichen Meldeverhaltens. Eine „Strategie der Entdramatisierung“, wie sie vom ASD und der JGH praktiziert wird, erscheint für den Normalbereich kindlichen und jugendlichen Ausprobierverhaltens angemessen. Im Falle von gefährdeten und mehrfach delinquenten Kindern und Jugendlichen weist das Handlungsmodell der Jugendhilfe deutliche Schwachstellen auf, die durch die Fragmentierung der Zuständigkeiten der beteiligten Dienste und freien Träger verstärkt werden.

Die Ergebnisse wurden veröffentlicht unter:

Bindel-Kögel, G./ Heßler, M./ Münder, J.: Kinderdelinquenz zwischen Polizei und Jugendhilfe  
(Berliner Studien zur Kriminologie), Hamburg/Münster/London 2004